

Anklang an Weimar

Im Jahr drei der deutschen Einheit werden rechte Parolen populär. Die etablierten Bonner Parteien rücken zusammen, nach rechts, und schmieden neue Gesetze –

zur Abwehr von Ausländern oder zum Abbau von Grundrechten. Sie legen selbst Hand an das bisherige Parteiengefüge. Die Rechten werden koalitionsfähig.



Rechtsradikale (in Rudolstadt), niedergebrannte Baracke im früheren Konzentrationslager Sachsenhausen: „Ängste suchen

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

ARTIKEL 20 GRUNDGESETZ

So hatten sich die Väter und Mütter des Bonner Grundgesetzes ihr Volk nicht vorgestellt – und auch die Gewalt nicht, die von ihm ausgeht.

Brennende Asylantenunterkünfte und eingeschmissene Fenster, Hakenkreuze und Reichskriegsfahnen, Haßtraden gegen Zigeuner und andere Fremde, Pogrome von Rostock bis Saarlouis, Menschenjagd und Mord auf offener Straße. Und in Sachsenhausen die erste Gedenkstätte des Nazi-Holocaust in Flammen.

Zwei Jahre nach der Wiedervereinigung und im zehnten Jahr der Regentschaft Helmut Kohls paßt das neue Deutschland wieder ins alte Klischee: großmächtig, großmäulig und ziemlich großkotzig.

Nach einem ersten, heftigen Auftritt vor einem Jahr in Hoyerswerda hat sich der „häßliche Deutsche“ wieder in die Welt-Schlagzeilen zurückgemeldet. Die



Glatze hoch, die Bierdose fest umschlossen, „Sieg Heil“ auf den Lippen und den Molotow-Cocktail unter der Bomberjacke – so stampft er mit zum Hitler-Gruß gereckten Arm durch die Republik und durch die Medien.

Immer mehr Kids schließen sich in Gewaltgangs und Skingruppen zusammen. Ihr gemeinsames Ziel: Randalen gegen alles, was fremd ist. In Brandenburg etwa fanden 42 Prozent der im Rahmen einer Studie befragten 14- bis 18jährigen den rechten Schlachtruf richtig: „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus.“ Ein Drittel meinte: „Ausländer muß man aufklatschen und raushauen.“

„Was bleibt den Jugendlichen denn schon übrig“, schrieb eine Ost-Berliner Schülerin, „die ganzen Jugendklubs werden geschlossen, und wir wissen nicht, was wir machen sollen. Also geht man auf die Straße und haut irgendwelche Menschen zusammen.“

Immer mehr Deutsche äußern Verständnis für „rechtsradikale Tendenzen wegen des Ausländerproblems“: Waren es Ende 1991 noch 24 Pro-



NS-Anhänger (1937 in Nürnberg): „Man geht auf die Straße“

zent, so stieg die Zahl nach einer Emnid-Studie ein halbes Jahr später auf 38 Prozent.

Demoskopen ermittelten einen strammen Rechtsruck bei der Bevölkerung: Von März bis August dieses Jahres stieg die geäußerte Bereitschaft, eine Partei rechts von der Union zu wählen, in den alten Bundesländern von 12 auf 19 Prozent, in den neuen Ländern von 8 auf 12 Prozent.

Den nach rechts driftenden Bürgern rennen die Politiker hinterher – und manchmal auch voraus. Statt die vorhandenen Instrumente des Staates einzusetzen, fordern sie neue. Statt die Grundrechte der bedrohten Fremden zu verteidigen, diskutieren die Parteien über den Abbau von Grundrechten.

Die nicht bewältigte deutsche Einigung schürt die Ressentiments – hüben und drüben. Die Ostdeutschen fühlen sich als Bundesbürger zweiter Klasse, die Westdeutschen zittern um ihre Besitzstände. „Marodierende Ängste“, so der Sozialdemokrat Wolfgang Thierse, „suchen sich ihre Opfer unter den Schwächsten, den Ausländern.“

Für so groß halten inzwischen auch die Sozialdemokraten den Problemdruck, daß sie ihm nachgeben wollen. Es sei doch nichts Falsches, verteidigt Parteichef Björn Engholm den Petersberger Wendebeschluß, „wenn man ein bißchen darauf guckt, was das Volk bewegt“.

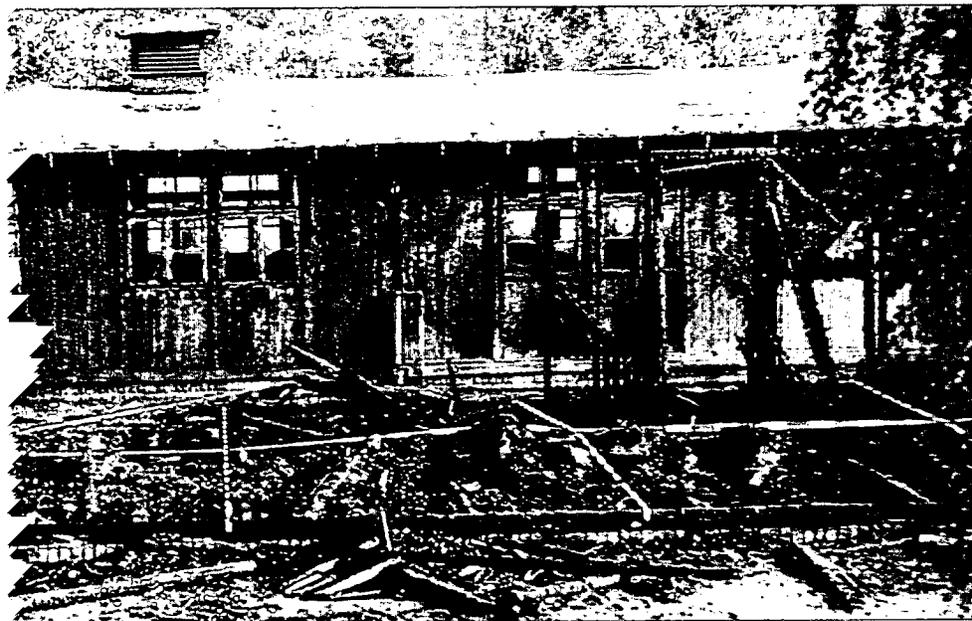
So sieht es auch der FDP-Außenminister Klaus Kinkel: „Man muß auf die Gefühle im Volk Rücksicht nehmen.“

Die Republik rückt nach rechts.

Je mehr Zulauf die rechtspopulistischen Republikaner haben, desto ängstlicher werden die etablierten Parteien. Sie fürchten um ihr Machtkartell.

Schon als 1989 die Repse in das Berliner Abgeordnetenhaus einzogen, meinte Hans-Dietrich Genscher ahnungsvoll: „Jetzt fehlt nur noch, daß die großen Parteien sich verhalten, als wären sie Republikaner.“

Es ist soweit. Der Wettlauf um den Preis für die beste originalgetreue Kopie hat begonnen. Nüchternes Abwägen ist



sich Opfer unter den Schwächsten“

nicht mehr gefragt. Aktionismus ersetzt die Argumente.

Das Grundrecht des Artikels 16 („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“) wird zum Abbruch freigegeben. Schon steht die Rechtsweg-Garantie des Artikels 19 zur Disposition. Im Kampf gegen Organisierte Kriminalität soll auch die grundgesetzlich garantierte Unverletzlichkeit der Wohnung abgeschafft werden. Lauschangriffe werden als Allheilmittel gegen die Mafia angepriesen.

Reps, radikale Schläger und applaudierende Spießer können sich bestätigt fühlen: rechte Randalen machen den Bonnern Beine.

Die Republik rückt nach rechts – aus Angst vor dem Rechtsruck.

Am Karlsruher Verfassungsgericht herrscht die Meinung vor, daß eine Streichung des Asylartikels im Grundgesetz das Problem nicht löst und neue Gesetze zur Bekämpfung der Kriminalität gegen Ausländer nicht erforderlich sind.

Das Urteil konservativer wie liberaler Robenträger beim obersten Gericht der Republik entspricht der Stimmung im Lande: „Die Politiker doktern nur an den Symptomen herum.“

Und die bedienen sich – als fände vor den Asylantenheimen eine demokratische Abstimmung statt – noch nicht einmal der Instrumente aus dem Arsenal des Rechtsstaats:

„Lichtjahre“ sei die Schwerstkriminalität vor den Ausländerheimen „von den



Jubilär Kohl, Ehefrau*: „Probleme, die ich gewollt habe“

Kategorien des Demonstrationsrechts entfernt“, urteilt ein Fachmann in Karlsruhe. Ein Richter sieht – und fürchtet – hinter den Anschlägen eine „kriminelle Energie, die beim Gasofen endet“.

Statt einen öffentlichen Diskurs über die Zukunft der neuen Republik zu organisieren, wurstelt die Tagespolitik vor sich hin. Wieviel Toleranz kann sich die Gesellschaft leisten? Welche Rechte räumt sie den Ausländern ein? Wie geht sie mit Minderheiten um? Diese Fragen werden gar nicht erst gestellt.

Statt dessen bedient das wiedervereinigte Deutschland durch Großmannsgesten alle längst überwunden geglaubten Ressentiments.

In letzter Minute pfeift die Bundesregierung den Parlamentarischen Staatssekretär Erich Riedl zurück; er hatte die Schirmherrschaft über eine makabre Jubelfeier der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie in Peenemünde übernommen, die am Tag der Deutschen Einheit den gelungenen Start der ersten deutschen Kriegerakete – Prototyp der Vergeltungswaffe V 2 – hochleben lassen wollte (siehe Seite 34).

In letzter Minute zieht Kinkel seine Zusage zurück, nach El Alamein zur 50-Jahr-Feier der Schlacht des legendären Wüstenfuchses Erwin Rommel aufzubrechen.

Doch unbeirrt drängt der Außenminister auf eine Verfassungsänderung, die Kampfeinsätze der Bundeswehr weltweit ermöglichen würde – als solle Preußens Gloria nun auch noch auferstehen (siehe Seite 26).

Das Problem seien nicht die alten Ängste vor den Deutschen, schrieb die *New York Times*, sondern wie Deutschland sie zu neuem Leben erwecke:

Wenn Deutschland seine Nachbarn ökonomisch platt walzt, wenn so viele Deutsche der ausländerfeindlichen Gewalt ihrer Nazi-Youngster applaudieren, wenn Deutschland entscheidet, die Antwort auf Flüchtlinge heißt Einschränkung des Asylrechts, wenn Deutschland die Deportation von Zigeunern vorbereitet, der ersten Opfer der alten Nazis, dann müssen die Europäer unbedingt die Vereinigung mit dem neuen Deutschland überdenken, bis Klarheit herrscht, ob dieses Deutschland wirklich ein vollständig neues ist.

Der französische Transportminister Jean-Louis Bianco spricht von den „Strafen einer besiegten Macht“, die

* Zur Feier seines Kanzlerjubiläums am 1. Oktober, mit CDU-Vize Angela Merkel.



Deutscher Raketen-Treffer in London (1944): Peinliches aus Peenemünde

nach ihrer Befreiung „alle ihre Dämonen“ wiederentdecke – und plädiert für die Einbindung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft. Scheitere Maastricht, werde man in Deutschland all jene „politischen Kräfte befreien“, die „an nichts anderes denken als an ihre Autonomie“.

Republikaner-Führer Franz Schönhuber lehnt sich zufrieden zurück und hält hinter dem Asyl- schon das nächste Angstthema parat: „Wir sind die einzige wahre Anti-Maastricht-Partei. Wir werden unseren Kampf gegen die Europa-Verträge verschärfen. Unsere Losung heißt: Maastricht ist Versailles ohne Krieg.“

Die Angst vor der Konkurrenz am rechten Rand paralyisiert fast alle Parteien. Bislang halten nur die Grünen, die Bürgerrechtler vom Bündnis 90 und die PDS an ihren Prinzipien fest. SPD und FDP marschieren der CDU hinterher, die CDU folgt der CSU, die ihrerseits die Republikaner einzuholen sucht. Und alle reden, als säßen sie am Stammtisch.

Der Kanzler schwafelt von der „Handlungsfähigkeit des Staates“, als gebe es das Strafgesetzbuch nicht mehr, das Mord und Totschlag unter Strafe stellt. Und er redet von der angeblichen „Zerreißprobe zwischen den Extremen von rechts und links“, als hätten Linksradikale die Feuer gelegt.

Ob man sich vorstellen könne, fragte der PDS-Vorsitzende Gregor Gysi anzüglich, daß die Polizei tagelang zusehen würde, wenn randalierende Jugendliche mit Molotow-Cocktails den Landtag von Schwerin „oder gar die Deutsche Bank angreifen würden?“

Nie habe es die Exekutive an Eifer fehlen lassen, spottet Hans Magnus Enzensberger, als es darum ging, die Gesellschaft vor den Taten der linksterroristischen RAF zu schützen:

Bundesgrenzschutz, Geheimdienste, Sicherungsgruppen, mobile Einsatzkommandos, Landes- und Bundeskriminalämter waren stets zur Stelle – mit Hard- und Software, von der Rasterfahndung bis zur Hubschrauberstaffel, von Phantom bis zum Schützenpanzer. Und auch die Legislative hat nicht geschlafen. Sie hat bis zur Bedenkenlosigkeit beherzt juristisches Neuland betreten, vom Konstrukt der kriminellen Vereinigung bis zum Kontaktsperregesetz. Von keinem dieser Mit-

tel ist in den vergangenen Monaten auch nur der geringste Gebrauch gemacht worden. Bundesanwaltschaft und BKA, einst vor Eifer, Schaden vom deutschen Volk zu wenden, durch die Medien hechelnd, halten still, als hätte man sie in den einseitigen Ruhestand versetzt. Der Bundesgrenzschutz, der noch vor wenigen Jahren jede zweite Straßenkreuzung besetzt hielt, ist wie vom Erdboden verschluckt.

Als „Pappkamerad“ habe sich der Staat bei der Bekämpfung der Straftaten gegen die Ausländer erwiesen, kritisiert Berlins Bundessenator Peter Radoski (CDU): „Daß Rostock so lange

und Politiker – bereits mit dem „Alltagsfaschismus“ (*Die Zeit*) arrangiert hat, wurde nach dem Anschlag auf die „jüdische Baracke“ im ehemaligen KZ von Sachsenhausen offenbar.

Die Empörung, die er auslöste, steht in krassem Kontrast zur routinierten Gelassenheit, mit der inzwischen der alltägliche Mordversuch an Zigeunern, die Jagd auf Ausländer, die Hetze gegen Fremde abgehandelt werden. In den Nachrichten hat die Organisierte Kriminalität gegen Ausländer und Fremde einen festen Platz – wie der tägliche Wetterbericht.

Selbst ernstgemeinte Anteilnahme droht zum politischen Ritual zu verkümmern, weil sie erkennbar folgenlos bleibt.

Helmut Kohl schickt seinen Außenminister Kinkel mit einem Kranz ins ehemalige KZ Sachsenhausen. Aber die CDU-Feier zur zehnjährigen Kanzlerschaft findet, bei aller Betroffenheit, nach festlichem Plan statt: Glückwunsch, Kanzler!

Innenminister Rudolf Seiters läßt den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, seinen Abscheu über den antisemitischen Anschlag wissen. Derselbe Innenminister hat erst vor wenigen Tagen mit der gleichen Überzeugungskraft seine Leistung gewürdigt, in Bukarest die Abschiebung rumänischer Asylbewerber – überwiegend Zigeuner – vereinbart zu haben, als hätten Juden- und Zigeunerhaß nichts miteinander zu tun.

Auch die linken Betroffenheitstouristen, die nach den Rostocker Anschlägen in Bussen anreisen, „Schämt euch! Schämt

euch!“ riefen und in ihre westdeutschen Eigenheime zurückfahren, haben in Lichtenhagen nur Vorurteile bestärkt. Typisch besserwesshaft kamen sie den Anwohnern vor. Auf die Frage, was sie denn machen würden, wenn die Stadtverwaltung ihnen immer neue Asylanten in die Vorgärten kippte, wußten sie auch keine Antwort.

Was sich wirklich in den Containern und Baracken abspielt, wer die Fremden sind, welche Gründe sie hatten, nach Deutschland zu kommen, wird nicht gefragt.

Die Denk- und Wahrnehmungsblokaden setzen sich fort – bis nach Bonn. Fast jeder Abgeordnete des Bundesta-



Anti-Ausländer-Krawall in Rostock: „Aufklatschen und roushauen“

und so oft passieren konnte, ist mir ein Rätsel.“

„Bis zum Beweis des Gegenteils“ glaubt der Bündnis-90-Abgeordnete Wolfgang Ullmann, daß man die Asylbewerber bewußt zwischen den Plattenbauten von Lichtenhagen kampieren ließ, um so den Volkszorn zum Kochen zu bringen: „Es ist natürlich nicht beweisbar, aber in Rostock ist so verfahren worden.“

„Die Versäumnisse“, urteilte der Liberale Burkhard Hirsch nach einem Besuch in der Ostseestadt, „grenzen an Böswilligkeit.“

Wie sehr sich die bundesdeutsche Gesellschaft – einschließlich ihrer Medien

„Teilhaber der politischen Macht“

Die Rechten auf dem Marsch in die Parlamente

Rolf Schlierer, 37, stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner und Schönhuber-Kronprinz, setzt auf Sieg: „Uns gehen die Themen nicht aus.“

Längst bemühen sich die Rechten um mehr als nur das Thema Asyl. Den „Stellenwert der Ökologie, des Schutzes der Erde“, betont Rep-Chef Franz Schönhuber heute fast so inbrünstig wie die Grünen in ihren Gründerjahren. Selbst als Friedensbewegung wollen sich die Rechtsradikalen profilieren. Ein „Einsatz deutscher Soldaten als Welt-Hilfspolizisten“ wird von den Repts gar „mit Entschiedenheit“ abgelehnt.

Mit populären Themen und einer Distanzierung von rechtsextremen „Steinewerfern und Krawallchaoten“ (Schlierer) will die Rechtspartei ins Establishment der Republik aufrücken. „Als nationale Stimme innerhalb des Parteienspektrums“, so Schlierer, und mit einem

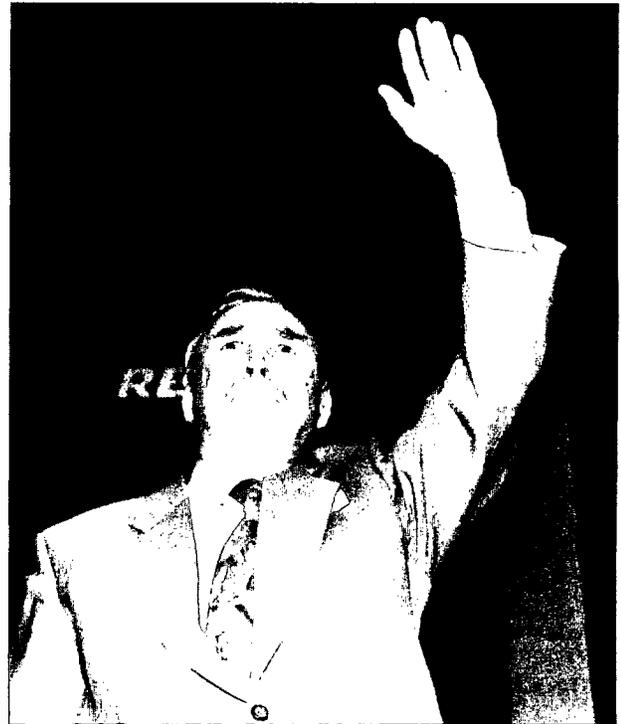
sind. Dort erhofft sich der Rep-Chef durch Populismus noch größere Stimmengewinne als im Westen. Der wohlhabende Schönhuber stichelt im Osten immer wieder gern gegen „den reichen Westen“ und verlangt lauthals „Solidarität“ mit den ärmeren Deutschen.

Neuzugänge, vor allem in „Mitteldeutschland“, meldet auch die Deutsche Volkunion (DVU) des Münchner Verlegers Gerhard Frey, 59. Die DVU, die mitgliederstärkste Organisation im rechtsextremen Spektrum, konnte im vergangenen Jahr ihre Mitgliederzahl laut Verfassungsschutz von 22 000 auf 24 000 steigern.

Die Frey-Truppe verfügt noch weniger als ihre rechte Konkurrenz über Parteistrukturen oder eine aktive

Im April dieses Jahr gelang der DVU in Schleswig-Holstein ein weiterer Durchbruch ins Parlamentarische. Mit 6,3 Prozent Stimmen und sechs Abgeordneten zog eine Fraktion der Frey-Leute in den Kieler Landtag ein.

Schönhuber möchte seine Republikaner gegenüber den rechten Rivalen deutlich abgrenzen, hat aber in den letzten Monaten seinen Ton gegenüber dem Konkurrenten Frey, den er unlängst noch als „NS-Devotionalienhändler“ verspottete, deutlich gemäßigt.



Rechtspartei-Führer Frey, Schönhuber: Waffenstillstand der Kontrahenten?

Programm des „sozialen Patriotismus“ wollen die Repts, die bislang lediglich im Landtag von Baden-Württemberg mit 10,9 Prozent und im Europa-Parlament vertreten sind, 1994 in den Bundestag einziehen und „Teilhaber der politischen Macht“ (Schönhuber) werden.

Während Schönhuber, seit seiner Jugend von den Ideen des NSDAP-Linken Gregor Strasser beeinflusst, schon mal gegen „den Bourgeois“ und die „Zwingerburgen des Kapitals“ agitiert, will Schlierer lieber westdeutschen Wohlstandschauvinismus in Wählerstimmen ummünzen.

Schönhuber weiß, daß mit dem westdeutschen Yuppie-Nationalismus des Mediziners und Rechtsanwalts Schlierer im Osten keine Anhänger zu sammeln

Basis. Der poltrige DVU-Chef, der in seinen Blättern wie der *Deutschen National-Zeitung* und der *Deutschen Wochen-Zeitung* allwöchentlich in einer Auflage von rund 200 000 gegen den „Zigeuner-Terror“ und die „Entdeutschung der hiesigen Bevölkerung“ wettet, hat inzwischen auch in der Ex-DDR Landesverbände gegründet. Seine Wahlkämpfe bestreitet der Immobilienspekulant Frey, dessen Vermögen sein früherer Mitarbeiter Harald Neubauer, 40, auf mehrere hundert Millionen schätzt, vorwiegend durch Plakate und Briefpropaganda. Das „Direct mailing“ nach US-Muster brachte bei der Landtagswahl 1991 in Bremen mit 6,2 Prozent der abgegebenen Stimmen sechs Mandate in der Bürgerschaft ein.

Hintergrund: Im Mai hatten Mittelsmänner aus rechten Intellektuellenkreisen zwischen dem DVU-Boß und dem Rep-Chef einen faktischen Waffenstillstand ausgehandelt. Mitakteure der rechten Kungelei, etwa der Herausgeber des rechten Strategiemagazins *Europa vorn*, der Kölner Manfred Rouhs, 27, favorisieren bereits ein Bündnis der beiden Rechtsaußen-Formationen, die Schritt für Schritt Gemeindeparlamente erobern: die Repts etwa in Stuttgart und München, Frankfurt am Main, Hannover, Nürnberg, Freiburg und jetzt in Passau mit über elf Prozent.

Auch das Lager der Neonazis, die sich unverhüllt zum Programm der NSDAP bekennen, hat seit der deutschen Vereinigung vor allem unter jungen Leuten

Zulauf. Die Neonaziszene, die noch Ende der achtziger Jahre insgesamt knapp 1000 Mann umfaßte, ist laut Verfassungsschutzbericht auf 5900 Aktive angewachsen. Ein großer Teil von ihnen (etwa 4200) sind Skinheads, die auf handfesten Hitlerismus abonniert sind.

Vor allem in den neuen Bundesländern brachte der Zusammenbruch des SED-Regimes und das soziale Desaster nach der Vereinigung den Neonazis Neuzugänge. Die im Dezember 1989 unter Anleitung des im April 1991 verstorbenen Neonaziführers Michael Kühnen gegründete „Deutsche Alternative“ (DA) wuchs innerhalb von zweieinhalb Jahren von wenigen Dutzend auf rund 1000 Mitglieder an. Allein im Raum Cottbus hat die DA mehr als 200 Mitglieder gewonnen und ist damit nach PDS und CDU zur drittstärksten Partei am Ort avanciert.

Die DA hat Überfälle auf Unterkünfte von Asylbewerbern zwar – so Sicherheitsexperten – nicht gelenkt, wohl aber die Haßstimmung geschürt, etwa mit Flugblättern. Und bei einigen der Randalierer in Cottbus fanden Polizisten Mitgliedsausweise der Neonazipartei.

DA-Chef Frank Hübner, 27, geschult von Michael Kühnen („Überall wo Unzufriedenheit im Volk ist, müssen Nationalsozialisten sein“), will seine Truppe 1994 „mit sozialen Themen“ in Kommunal- und Landtagswahlen führen und bundesweit zur stärksten Kraft im rechten Lager machen.

Doch da gibt es Konkurrenz aus München. Die Führungsrolle in der Szene der militanten Rechten beansprucht die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) des wegen Hehlerei, Waffen- und Sprengstoffbesitz verurteilten Friedhelm Busse, 63. Die FAP, so Busse, strebe derzeit „keine spektakulären Aktionen, sondern Parteiarbeit“ an.



Rechtsextremist Worch
„Strategisches Geschick“

Die Extremistengruppe, laut Busse 1400, laut Verfassungsschutz kaum 200 Mitglieder stark, präsentiert sich ihrer vorwiegend jugendlichen Anhängerschaft als „Partei mit einem sowohl nationalen als auch sozialistischen Konzept“. Noch mehr fallen Mitglieder durch Brandanschläge, Überfälle und Körperverletzungen auf.

Eine Abspaltung der FAP um den früheren Kühnen-Mitkämpfer Michael Swierczek, 31, die „Nationale Offensive“, wirbt in den neuen Bundesländern um alte Kameraden und macht nicht an den Grenzen halt. In Polen, im früheren Groß Strehlitz in Oberschlesien, haben die Neonazis ein Haus zur Propagandazentrale ausgebaut.

Wo sich Neonazis zusammenrotten, bleibt es oft nicht bei brauner Propaganda. Der Schritt von extremistischen Parolen zu terroristischer Gewalt ist in der militanten Rechten nicht groß.

Die Tendenz geht eher „hin zu autonomen Strukturen, zu lockeren Gruppen, wo jeder jeden kennt. Das ist viel gefährlicher“, weiß Ernst Uhlrau, 45, Chef des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz.



Rechtsextremist Hübner
„Überall Nationalsozialisten“

Zu den führenden Neonazis, die diese Veränderungen geschickt nutzen, gehört Christian Worch, 36, Chef der Nationalen Liste in Hamburg und langjähriger Mitkämpfer Kühnens. Der begüterte Jungrechte, den Sicherheitsexperten als „treibende Kraft“ der Rechten ansehen und dem Verfassungsschützer „organisatorisches und strategisches Geschick“ bescheinigen, bemüht sich um eine Zusammenarbeit der autonomen Rechten. Seine Mitkämpfer bringen bei Demos, etwa im August in Rudolstadt zum Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß, rund 2000 Teilnehmer auf die Straße – mehr, als die Reps zu Aufmärschen mobilisieren.

gespürt, wie wenig die Realitäten in seinem Wahlkreis mit den Realitäten in Bonn übereinstimmen. Trotzdem machen die meisten die Betriebsamkeit mit.

„Wie von einem fremden Stern“ fühlt sich der Abgeordnete Konrad Weiß, wenn er nach einer Sitzungswoche nach Berlin zurückkehrt. Der Bürgerrechtler Jens Reich kommt sich – bei gelegentlichen Besuchen – in Bonn vor „wie auf der ‚Titanic‘: Da wird mit Volldampf durch den Nebel gefahren“.

Er habe in diesen Tagen, sagt ein Verfassungsrichter, „die Eisenbahnkilometer, die zwischen Bonn und Karlsruhe liegen, schätzengelernt“. Das Prinzip, die Spitzen der „dritten Gewalt“ nicht am Regierungssitz anzusiedeln, sei – wie sich nun zeige – durchaus sinnvoll. Die räumliche Distanz helfe dem Betrachter der politischen Szene, sich „den Blick für das Wesentliche zu bewahren“.

Die systematische Realitätsverweigerung war schon vor der deutschen Vereinigung ein konstitutiver Bestandteil der Bonner Politik. Seit dem Systembruch von 1989 aber wird sie bedrohlich – auch für die Politiker.

Denn die Unwirklichkeit, die sie bei sich selbst bloß spüren, gegen die sie aber nicht angehen, wird auch von ihren Wählern wahrgenommen. Je problemferner die Entscheidungen, desto tiefer wird die Kluft zu den Regierten. Das Legitimationsvakuum beraubt die Politik nicht nur ihrer Glaubwürdigkeit, sondern macht sie auch anfällig für Stimmungen und Ängste.

Erschrocken stellen die Politiker, bei der Debatte ums Asyl wie beim Streit um die Kosten der Einheit, fest, daß sie selbst und ihre Rituale ein Teil des Problems geworden sind, dem die Wut im Lande gilt.

Nun rächen sich die vielen Lügen, mit denen die Einheit schöngeredet, der Wähler getäuscht, die Macht erhalten wurde: blühende Landschaften, keine Steuererhöhungen, Marktwirtschaft – am zweiten Jahrestag der Deutschen Einheit sind diese Versprechungen im Volke nichts mehr wert. Die Verachtung für die Politiker, die diese Sprüche klopfen, hat bedrohliche Ausmaße angenommen.

Immer noch hängen Regierung wie Opposition der Illusion an, die deutsche Einheit sei wie eine neue Autobahn oder eine neue Fabrik zu erbauen – ein paar Milliarden von den Konten, dann hat sich die Investition gelohnt. Kein verantwortlicher Politiker spricht von der nötigen Zäsur, vor der doch die Bürger sich ängstigen. Gewerkschaften und Unionschristen, Sozial- und Freidemokraten führen sich auf, als könnten sie einzeln oder gemeinsam das Unmögliche wuppen – den Lebensstandard im Osten erhöhen und im Westen wenigstens halten.

Die Bürger scheinen zu spüren, daß der Zaubertrick nicht klappt. Sie halten die Versprechen für hohl und sorgen sich

ums Nächstliegende, um Einkommen, Arbeitsplätze, Wohnung – und sei es mit Gewalt.

Den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Eckart Werthebach, erinnert die Situation „etwas an Weimar“. Auch Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau spricht vom „Beginn einer Weimarisierung“.

Aber Bonn ist nicht Weimar, Bonn ist Bonn. Denn in Bonn, wie in den Pro-

vinzstädten, sitzen die Republikaner schon als unsichtbare Partner am Kabinettsstisch. Als Schreckgespenst spukt Schönhuber durch die Parteizentralen. „Wir Republikaner“, verkündet er triumphierend, „haben durch unsere Existenz Deutschland verändert“ – leider wahr.

Doch bei allen Erfolgen, die sie in jüngster Zeit vermeldeten, die Rechten sind nicht das Bedrohliche. Zur Gefahr wird die Lunte am Parteienstaat, am gewach-

senen Gefüge der (west)deutschen Demokratie.

Es mag ja stimmen, was Schönhuber behauptet, seine Partei habe einen „gigantischen Zulauf“. Er mag gar die großspurigen „Etappenziele“ erreichen: zweitstärkste Partei in Bayern, zweistelliger Einzug in Bundestag und Europaparlament. In Baden-Württemberg und vor kurzem in Passau hat sich seine Truppe immerhin schon als dritte Kraft

Nur nicht drängeln

SPIEGEL-Redakteur Dirk Koch über Klaus Kinkels neue Außenpolitik

Auf den neuen Bonner Außenminister wird man ein Auge haben müssen. Hat er Komplexe? Ist er gar ein Ehrpussel?

Klaus Kinkel beklagt sich doch allen Ernstes, er komme sich „saublöd“ vor, ja er „geniere“ sich geradezu, wenn es im Kreis der EG-Außenminister um schärfere Militärmaßnahmen in Jugoslawien gehe und er dann wegen der deutschen Verfassungslage nicht mithalten könne.

„Es kann doch nicht richtig sein“, jammert der Liberale, „daß die wirtschaftlich bedeutendste Kraft und auch das bevölkerungsmäßig größte Land in Europa eine in vielem eingeschränkte Außenpolitik machen muß.“

Da stellt sich der Neue im AA selber ein Armutszeugnis aus. Als ob Qualität und Möglichkeiten der deutschen Außenpolitik davon abhängen, daß die Bundeswehr noch nicht im Uno-Auftrag zum Schießen ausschwärmen darf. Kampfeinsätze deutscher Soldaten dürften doch wohl nur ganz weit hinten bei den Mitteln der Bonner Außenpolitik ihren Platz haben.

Kinkel führt sich auf, als sei die vereinte, souveräne Bundesrepublik erst dann ein gleichberechtigter, erwachsener Staat, wenn er die Bundeswehr nicht nur zu friedenssichernden Blauhelm-Aktionen zwischen die Fronten, sondern auch zu Kampfeinsätzen, den im Amtsdeutsch harmlos klingenden „friedenschaffenden Maßnahmen“, an die Front ausschicken darf.

Warum bloß diese Hast, dieses Drängen? Wem will der Freidemokrat imponieren? Seinen Nationalliberalen? Den Republikanern, denen er, wie er sagt, gern den Wind aus den Segeln nehmen möchte?

Die Deutschen sind Uno-Mitglied ohne Einschränkung, haben die Beitrittsurkunde unterschrieben mit allen Rechten und Pflichten. Wobei die Uno-Satzung kein Mitglied auf einen Kampfeinsatz verpflichten kann. Gegen einen Blauhelm-Einsatz der Bun-

deswehr ist nichts einzuwenden. Ihre Waffen dürfen die Soldaten nur zur Selbstverteidigung einsetzen.

Typisch deutsch ist es, Bundeswehrruppen pflichtschuldigst einer Weltpolizei anzubieten, die es nicht gibt und nicht geben wird, weil sich die großen Mächte nicht in ihre Interessenpolitik reinfummeln lassen. Wo ist denn der Weltpolizist in den Bürgerkriegen des Sudan, Somalias oder Jugoslawiens?

In den Golfkrieg wären die USA auch ohne Billigung der Uno gezogen. Es ging ihnen um ihre Interessen – am Öl Kuweits und an der Zerstörung irakischer Atomwaffen.

Souverän sein heißt auch, nein sagen zu können

Gerechten Krieg gibt es nicht. Es trifft immer auch Unschuldige. Die Vernichtungswucht moderner konventioneller Waffen fordert zwangsläufig Opfer unter allen.

Selbst wenn es Leute wie Kinkel und Kohl nicht mehr wahrhaben wollen nach dem Wiederaufstieg Deutschlands zu einem souveränen Staat – es macht im Jahrhundert von Auschwitz immer noch einen Riesenunterschied, ob irgendwo US-Truppen kämpfen oder ob als Folge des Einsatzes deutscher Waffen Bilder von Leichen und Trümmern um die Welt gehen.

Kinkel aber redet schon davon, daß er es sein werde, der es auf sich nehmen müsse, die Zinksärge mit den deutschen Gefallenen am Flugplatz in Empfang zu nehmen.

Nur Freiwillige würden ausrücken, heißt es noch beschwichtigend in

Bonner Amtsstuben. Der Blutzoll kann plötzlich hochschnellen. Dann gibt es keine Freiwilligen mehr. Dann müssen eben doch Wehrpflichtige ran, ob sie wollen oder nicht. Oder will die Bundeswehr in diesem Fall mit Bedauern das Uno-Mandat abgeben? Die USA, die 1950 im Auftrag und unter der Flagge der Uno in den Koreakrieg zogen, verloren 62 423 Mann, in der Mehrzahl Wehrpflichtige.

Bonn kann in böse Klemmen kommen. In Kinkels AA wird vorbedacht, daß Rußland nach erprobter Methode von den Schwierigkeiten im Innern ablenkt und im Baltikum Krieg anfängt. Den Vorwand könnte der Schutz der starken russischen Minderheiten liefern, die in Estland wie in Lettland mehr als ein Drittel der Bevölkerung stellen. Die Uno könnte eingreifen und das Mitglied Deutschland, das sein Grundgesetz geändert hat, auffordern, Truppen zu stellen. Gibt es dann wieder die Ostfront?

Der Außenminister sollte nicht drängeln, sollte es ganz langsam angehen lassen. Und so viele Bremsen wie irgend möglich einbauen. In die richtige Richtung weist die Überlegung von Verteidigungsminister Volker Rühle, jeden Kampfeinsatz vom Bundestag mit Zweidrittelmehrheit, wie auch für Verfassungsänderungen vonnöten, beschließen zu lassen.

Diese ursprünglich gemeinsame Position aber hat Kinkel schon geräumt. Er gibt sich mit der absoluten Mehrheit zufrieden, wie zur Kanzlerwahl erforderlich. Der Außenminister, im Blick die Nachfolge von Otto Graf Lambsdorff im FDP-Vorsitz, fügt sich einer Parteimehrheit, die beim Regieren die Opposition draußenhalten will, selbst wenn es um Leben und Tod geht.

Kinkel sagt, er müsse noch viel lernen. Vordringliche Lektion: Mit deutschen Truppen für die Uno, wenn sie denn je von der Verfassung her möglich werden, muß die Bonner Politik ähnlich umgehen wie die Großmächte mit ihren Atomwaffen. Sie erfüllen in der Politik einen Zweck, doch zum Einsatz sollten sie nie gelangen.

Souverän sein heißt auch, nein sagen zu können.

etabliert und die Freidemokraten von dem angestammten Platz verwiesen, den sie mancherorts schon an die Grünen verloren hatten.

Im Ausland weckt das Wiedererstarren einer Rechtsaußenpartei die schlimmsten Erinnerungen. Aber nach allen Erkenntnissen von Meinungsforschern und Verfassungsschützern sind aus der Hinwendung von immer mehr Bürgern zu den Republikanern nicht automatisch rechtsextremistische oder faschistische Tendenzen abzulesen.

Nach den Untersuchungen der Forschungsgruppe Wahlen bleibt der harte Kern von unverbesserlichen Alt- oder Neonazis mehr oder weniger unverändert bei zwei bis drei Prozent. Nur in



diesen Kreisen wird das traditionell rechtsextremistische Gedankengut gepflegt: Führerkult und Verachtung der parlamentarischen Demokratie, Antisemitismus und Militarismus (siehe Kasten Seite 22).

Den Reps ist es vielmehr gelungen, allein durch deutschnationale Parolen, Appelle an kleinbürgerliche Ressentiments und vor allem durch Schüren von Fremdenangst Stimmungen aufzufangen und Stimmen zu gewinnen. Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit werden mit nationalistischen Tönen angeprangert: Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeit und die Wohnung weg.

Massenhaft sympathisieren Schüler mittlerweile mit rechten Ideen und sogar mit den rechtsextremistischen Gewalttätern von Rostock und anderswo. Gingen die Jugendlichen vor fast zwei Jahren noch auf die Straße, um gegen den Golfkrieg zu demonstrieren, sind sie heute auf dem besten Weg, einen neuen rechten Jugendkult zu formen.

Bis zu einem Drittel der Schüler, erlebte der hannoversche Jugendschützer Peter Eisler bei Dutzenden von Klassenbesuchen, unterstützt die Krawalle gegen Ausländerheime, ein weiteres Drittel billigt die Aktionen zumindest.



Rechten-Band „Böhse Onkelz“, Rechten-Parolen: „Fiese Lieder“



Ob in Hauptschulen oder Gymnasien, „geballter Ausländerhaß schlägt uns entgegen, wohin wir nur kommen“, sagt der Jugendexperte.

Radikale Rock-Bands mit eindeutigen Namen wie „Störkraft“ oder „Volkszorn“ heizen den Rechts-Trend kräftig an. Die Kult-Band „Böhse Onkelz“ (Refrain: „Endlich wieder fiese Lieder“), inzwischen auf Anraten ihrer Plattenfirma mit entschärften Texten auf der Bühne, schaffte mit ihrer neuesten CD als erste Rechts-Kapelle den Sprung in die Hitlisten (Platz 5).

Schönhubers Rechte halten mit Bedacht Distanz zu den Gewalttätern. Demonstrativ werden die Glatzköpfe bisweilen aus dem Versammlungssaal entfernt.

Der Rechten-Führer verheißt seinen Anhängern einen „sozialen Patriotismus“, spricht: einen linken Nationalso-

zialismus nach dem Vorbild des frühen Hitler-Freundes Gregor Strasser.

Schönhubers radikaler Populismus kommt einem Bedürfnis entgegen, das in allen westlichen Wohlstandsstaaten die Bürger umtreibt: Viele suchen eine gefühlige Partei ohne ideologisch-historischen Überbau, die ihre Forderungen aufgreift, für schwierige oder gar unlösbare Probleme Patentrezepte bereithält und sich auf den gesunden Menschenverstand beruft. Eine solche Partei der Verdrossenen, denen der demokratische Streit zuwider ist, wendet sich auch an alle, die den Großen mal einen Denkartel verpassen wollen.

So verstehen sich die Republikaner als Partei des kleinen Mannes, der sich am Aufstieg gehindert oder vom Abstieg bedroht sieht. Ausländer, die an den Segnungen des Wohlfahrtsstaates teilhaben, den sie selbst nicht aufgebaut haben, sind zum Kristallisationspunkt ihrer Ängste geworden – auch eine Herausforderung an die Sozialdemokraten. Es ist auch ihre Klientel, die sich abwendet.

In dieser Situation ist es für die bedrängten Altparteien nur zu verführerisch, die einfachen Lösungen der erfolgreichen Konkurrenz abzukupfern. „Rechts von der Mitte“ werden die Wahlen gewonnen, hat der CSU-Vorsitzende Theo Waigel als Parole ausgegeben, und der Kanzler stimmte ihm zu.

Die CSU hatte es am leichtesten, weil sie mit ihren Rezepten gegen sogenannte Scheinasylanten und Kriminelle dem Denken der Rechten am nächsten steht. Die CDU hielt sich lange zurück – mit Rücksicht auf den Koalitionspartner.

Die Freidemokraten schwankten lange, ehe sie sich als Rechtsstaatspartei verabschiedeten. In der FDP-Fraktion machten noch eine Handvoll Abgeord-

nete Front gegen die Vorschläge zur Verfassungsrevision, die der Vorsitzende Hermann Otto Solms zugleich auch als möglichen Abschied vom Individualrecht auf Asyl interpretierte.

Noch in der Koalitionsabsprache hatten Christ- und Freidemokraten vereinbart: „Das Abhören von Gesprächen in einer Wohnung ist unzulässig.“ Solche Methoden könnten „nur Mißbrauch Tür und Tor öffnen“. In einer Bundestagsdebatte Anfang des Jahres pries der damalige Justizminister Klaus Kinkel die Unverletzlichkeit der Wohnung als „eines der höchsten Güter unserer Verfassung“.

Inzwischen setzt die Bonner Fraktion dem Drängen der Union kaum noch Widerstand entgegen. Mit höchster Ungeduld reagieren die Kollegen auf die bohrenden Fragen des renitenten Burkhard

sen. Bis zum Sonderparteitag regt sich zwischen Bremen und München noch Widerstand der Parteilinken gegen den populistischen Kurs der Führung, die freilich damit mehrheitsfähig werden will.

Wieder, wie bei den Notstandsgesetzen Ende der sechziger und der Nachrüstung Anfang der achtziger Jahre, steht die Front der Gesinnungs- gegen die Verantwortungsethiker, die sich wechselseitig als Rigoristen oder Populisten beschimpfen.

Auch das Reizthema Lauschangriff hat die SPD-Fraktion in eine Zerreißprobe gebracht. Im Bundestag beteuerten die Sozis zunächst gemeinsam mit den Freidemokraten ihre rechtsstaatliche Prinzipientreue. Aber nach einem Hearing mit Praktikern ließen sie sich rasch umstimmen. Sie warten jetzt nur

kommentiert Glotz ironisch den Vergleich, „Stiegler steht gegen Engholm.“

Der Kieler keilt zurück gegen die Rigoristen. Den Bremer Sozialdemokraten etwa, die den Asylartikel gern beibehalten würden, warf Engholm im Parteivorstand Heuchelei vor: Woche für Woche mache die Hansestadt schon am Mittwochnachmittag ihre Asylaufnahme wegen Überfüllung dicht und überlasse es den Nachbarn Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein, die Menschen unterzubringen.

Irrationale Züge hatte die Asyldiskussion auch schon zu Zeiten der sozialliberalen Koalition, als gerade 40 000 und nicht, wie voraussichtlich in diesem Jahr, bis zu 500 000 Flüchtlinge in Deutschland Einlaß begehrten.

Achtmal wurde in den letzten zehn Jahren das Asylverfahrensgesetz geändert mit dem Ziel, die Anträge schneller bearbeiten zu können und abgelehnte Bewerber umgehend außer Landes zu befördern. Das lief nach immer gleichem Muster ab: Die Asylrechtshüter sahen in jeder Novelle die Grenze des juristisch noch eben Vertretbaren; stereotyp hielt die Union dagegen, allein die Revision des Grundgesetzes könne den „Asylmißbrauch“ wirksam eindämmen.

Immer gleich war auch das Ergebnis der Bonner Bemühungen. Weil die Personalvermehrung in Flüchtlingsbürokratie und Verwaltungsgerichtsbarkeit mit der steigenden Zahl von Asylsuchenden nie Schritt hielt, dauern die Asylverfahren immer länger, wurde der Bürokratenwust dichter.

Nun, da die deutschen Gemeinden tatsächlich kaum

noch wissen, wohin mit den Flüchtlingen, stilisieren die Unionschristen die Genfer Flüchtlingskonvention zum Allheilmittel: Als sogenannte Institutsgarantie soll sie im Grundgesetz das Individualrecht ablösen und kurzen Prozeß schon an der Grenze ermöglichen.

FDP-Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger hielt es für angebracht, „zur Versachlichung“ der Diskussion beizutragen. Letzte Woche veröffentlichte sie ein von ihrem Hause in Auftrag gegebenes Gutachten des Heidelberger Max-Planck-Instituts über die „Mindeststandards“, die aus der Flüchtlings- und der Europäischen Menschenrechtskonvention folgen.

Kernpunkte: Auch die Genfer Konvention verpflichtet dazu, einen jeden Asylantrag zu behandeln; laut Menschenrechtskonvention ist auch die



Anti-Zigeuner-Demonstration (in Lebach): „Überall geballter Haß“

Hirsch, ob denn überhaupt mit solchen Mitteln gegen eine perfekt organisierte Mafia Erfolge zu erzielen seien: Die werde technische oder praktische Gegenmittel nutzen oder im Freien ihre Verabredungen treffen.

„Ist die Organisierte Kriminalität die Gefahr für den Rechtsstaat – oder deren Bekämpfung?“ fragte Jörg van Essen, von Beruf Staatsanwalt. Seine Antwort: Der liberale Rechtsstaat werde „ad absurdum geführt, wenn er nicht mehr wehrhaft ist“.

„Keine Grundsatzdiskussionen mehr, davon haben wir genug“, so beschreibt Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger die Stimmung in ihrer Fraktion, „jetzt muß was passieren, egal was.“

Die Stimmungsmache hat auch die Sozialdemokraten müde werden las-

sen, noch darauf, daß die FDP vorangeht. Die aber möchte sich am liebsten der SPD-Entscheidung, auch zur Asyleinschränkung, anschließen, weil sie dann eine Grundgesetzänderung eh nicht mehr verhindern könnte – ein feiges Versteckspiel.

Der Ton unter den Genossen wird schärfer. Die Nerven sind wund geschuert durch die Diskussion um das Asyl, einen „wesentlichen sozialdemokratischen Grundsatz der Solidarität mit den Verfolgten“ (Juso-Papier).

Als im bayerischen SPD-Vorstand eine Genossin Engholms Petersberger Asylschwenk mit dem Ermächtigungsgesetz der Nazis verglich, erinnerte Landesvize Ludwig Stiegler sogleich an die große Widerstandsrede des damaligen Parteivorsitzenden Otto Wels im Reichstag. „Wels stand gegen Hitler“,

Überprüfung ablehnender Verwaltungsentscheidungen durch eine „nationale Instanz“ internationale Praxis.

Die Schlußfolgerung der wackeren Freidemokratin, die Bundesrepublik könne gestrost am individuellen Grundrecht auf Asyl festhalten und gleichwohl dessen ungerechtfertigte Inanspruchnahme weiter einschränken, nannte Bayerns Innenminister Edmund Stoiber „unmöglich und fahrlässig“. Denn das Individualrecht ziehe nun einmal, so der CSU-Vize, „massiven Rechtsschutz“ nach sich.

Über soviel Demagogie können sich Deutschlands höchste Richter nur noch wundern. „Das Bundesverfassungsgericht“, so dessen Präsident Roman Herzog in schlichter Klarheit, „hat seit 40 Jahren immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß der Artikel 19 Absatz 4 dem Bürger, auch dem Ausländer natürlich, eine Rechts- und Tatsacheninstanz garantiert“, nicht weniger, aber auch nicht mehr: „Von Rechtsmitteln oder gar von einem drei- und vierzügigen Instanzenzug ist dort nicht die Rede.“

Unbegreiflich findet es Herzog, warum das Grundrecht abgeschafft werden soll. Entgegen der sonst üblichen richterlichen Zurückhaltung gab er den deutschen Asylstrategen einen deutlichen Hinweis – mit einem Wortungestüm: „Das heißt, man könnte noch sehr viel mehr zur Abschlangung des Rechtsweges tun, als das bisher der Fall ist.“

Wie der konservative Herzog halten auch die meisten seiner liberalen Kollegen eine Kanalisierung des Ausländerzustroms für durchaus möglich. Mit „Sammellagern, genügend Entscheidern des Bundesamtes und, für den Einspruch, Einzelrichtern am Ort“, so ein Richter, dürfe es eigentlich nicht schwierig sein, beispielsweise Bewerber aus Nichtverfolgerländern „innerhalb kürzester Frist abzuweisen“ – unter Beachtung des Individualrechts und der Rechtsweggarantie.

Auch das Zuwarten von Politik, Polizei und Justiz beim Kampf gegen bewaffnete Rechtsradikale löst in der Residenz des Rechts Verständnislosigkeit aus, ebenso der Ruf nach schärferen Gesetzen.

„Wer Molotowcocktails in geschlossene Räume“ werfe, sagt ein Verfassungs-



Lieferant politischer Themen

Süddeutsche Zeitung

richter, wolle töten oder nehme zumindest „den Tod der Bewohner billigend in Kauf“. Da seien die „Straftatbestände des versuchten oder vollendeten Totschlags erfüllt – im Zweifel ist es sogar Mord“.

Eine paradoxe Diskussion: Gerade die schärfsten Gegner einer Reform des Grundgesetzes, die nach dem tiefen Einschnitt der Wiedervereinigung einen neuen Konsens für die Bundesrepublik schaffen soll, stellen mit verbissenem Eifer Teile der Verfassung in Frage, die auf Erfahrungen aus der faschistischen Vergangenheit beruhen: Schutz vor politischer Verfolgung, die Garantie einer unverletzlichen Privatsphäre, Verzicht auf militärische und politische Großmachtambitionen.

Liberalen Sozialdemokraten wie der NRW-Innenminister Herbert Schnoor wollen nunmehr die Grundrechte abbauen – „aus Angst vor dem Faschismus“. Der sonst so zivile SPD-Vorsitzende Engholm fürchtet gar, wenn die Bundesregierung sich nicht zu Uno-Militäreinsätzen bereit finde, werde das „dem deutschen Ansehen bis hin zu deutschen Exporten in der Welt schaden“. Und gerade die Rechten und ihre gewalttätigen Hilfstruppen können triumphieren, daß die geschmähten Etablierten Stück für Stück aus ihrem Weltbild übernehmen.

Der Ruck nach rechts hat Folgen: Die Koalitionsfähigkeit der bisherigen Partner verändert sich.

Bislang hatten die Sozialdemokraten sich fürs Regieren zwei Optionen offengehalten: das Ampelbündnis mit Freidemokraten und Grünen als innerpartei-

lich am ehesten durchsetzbare Variante und, als Notlösung, die Große Koalition.

Jetzt, hat die *Frankfurter Allgemeine* schon erleichtert erkannt, „verschwände die Option rot/grün vom Horizont der Möglichkeiten“.

Arbeit für Parteistrategen: Die SPD verliert ihre linken Wählerschichten an die Grünen. Von der Union spaltet sich ein rechter Flügel ab, womöglich samt CSU. Der könnte gemeinsam mit Republikanern oder sonstigen Gruppen vom rechten Rand eine eigene nationalistische Partei aufmachen. In der Mitte blieben zwei Zentrumsparteien übrig, zum Verwechseln ähnlich, die beide vielleicht weit unter 30 Prozent absacken.

Bei den Unionschristen wächst in diesem Dilemma eine große Versuchung: die schwarzbraune Haselnuß-Koalition mit den bislang verfeimten Reppen. Die Nagelprobe könnte 1994 in Bayern kommen, wenn die CSU dort ihre absolute Mehrheit verliert. Kein Sandkastenspiel: Schon jetzt drängen starke Kräfte in diese Richtung – es wäre Schönhubers vorletzte Etappe.

Welch gefährlichen Kurs sie eingeschlagen haben, mögen Bonns Politiker nicht wahrhaben. Der Kanzler etwa, der sich seine „Freude über die deutsche Einheit“ von niemandem nehmen läßt, versprach bei seiner Eigenlob-Feier zum zehnjährigen Dienst-Tag, niemand müsse Opfer bringen, niemand um die deutsche Zukunft fürchten: „Wir haben die Probleme, die ich gewollt habe.“

Weiter so, Deutschland.